

## Sitzungsniederschrift

<b>Gremium:</b>	<b>Kreistag</b>
<b>Sitzung am:</b>	<b>Mittwoch, 21.03.2007</b>
<b>Sitzungsort:</b>	<b>Ratssaal der Kreisverwaltung Bad Dürkheim</b>
<b>Sitzungsdauer:</b>	<b>14:30 Uhr - 17:25 Uhr</b>
<b>Art der Sitzung:</b>	<b>öffentlich</b>

Das Ergebnis der Sitzung ergibt sich aus den beigefügten Anlagen.

**Niederschriftsführer**

**Vorsitzende**

Rolf Kley

Sabine Röhl  
Landrätin

### **Anwesend waren:**

Landrätin Röhl **als Vorsitzende**

Freunscht, Erhard **Erster Kreisbeigeordneter**  
Potje, Claus **Kreisbeigeordneter**  
Seelmann, Peter **Kreisbeigeordneter**

### **Mitglieder CDU-Fraktion**

Armbrust, Renate  
Bertram, Herbert  
Blaul, Georg  
Gillich, Stefan  
Grohe, Hans  
Herty, Michael  
Hoffmann, Theo  
Ihlenfeld, Hans-Ulrich  
Karrer, Irmgard  
Kutschke, Sabine (fehlte entschuldigt)  
Mahler, Edith  
Mittrücker, Norbert Dr. (fehlte entschuldigt)  
Nahstoll, August (anwesend bis 17:20 Uhr, TOP 4)  
Sauer, Friedel (anwesend bis 17:20 Uhr, TOP 4)  
Schindler, Norbert (fehlte entschuldigt)  
Stölzel, Reinhard  
Tremmel, Eva-Maria (fehlte entschuldigt)  
Wolf, Markus  
Wolf, Walter

### **Mitglieder SPD-Fraktion**

Ackermann, Eugen  
Dormann, Jakob  
Gebhardt, Hanns-Uwe  
Geis, Ruth  
Gustavus, Christiane  
Hobrack, Bernhard  
Hurrle, Jürgen  
Huter, Klaus  
Jäger, Hans  
Niederhöfer, Reinhold  
Quante, Wolfgang  
Schreiner, Hans-Robert Prof. Dr. (anwesend ab 15:00 Uhr, TOP 2)  
Weber, Ludwig

### **Mitglieder FWG-Fraktion**

Dopp, Heiner (anwesend bis 16:45 Uhr, TOP 3)  
Eibel, Eugen  
Magin, Marion

Nagel, Arnold  
Nitzsche, Wolfgang  
Stepp, Kurt

**Mitglieder FDP-Fraktion**

Langensiepen, Heidi  
Lücker, Peter Prof. Dr.  
Schrank, Edwin

**Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Dahm, Guido  
Messner-Vogelesang, Ellen  
Werner, Pia

**Mitglieder REP-Fraktion**

Horst, Karl  
Moser, Patrick

**Verwaltung:**

Regierungsdirektor Martin,  
Oberamtsrätin Thomas,  
Pressereferent Letzelter,  
Oberregierungsrat Eichner,  
Amtsrat Bergtholdt,  
Amtsrätin Weber,

Ltd. Staatl. Beamter  
Abteilung 1  
Abteilung 1  
Abteilung 1 (TOP 2)  
Abteilung 2 (TOP 3 + 4)  
Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt

Kreisamtmann Kley, als Niederschriftsführer

## Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Landesentwicklungsprogramm (LEP IV);  
Öffentliches Beteiligungsverfahren - Stellungnahme des Landkreises Bad Dürkheim  
Vorlage: 008/2007/1
3. Weiterentwicklung der Schullandschaft im Landkreis Bad Dürkheim  
- mündlicher Vortrag
4. Erstellung von Konzepten für Ganztagsangebote;  
Antrag der CDU-Fraktion
5. Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Falle des Verdachtes- bzw. des Ausbruches der Maul- und Klauenseuche (MKS), der Europäischen und Afrikanischen Schweinepest (ESP / ASP), der klassischen und atypischen Geflügelpest  
Vorlage: 002/2007
6. Mitgliedschaft im Wasser- und Bodenverband zur Beregnung der Vorderpfalz;  
Neufassung der Verbandssatzung  
Vorlage: 022/2007
7. Unterrichts- und Kontrollrechte des Kreistages  
Vorlage: 001/2007
8. Nachwahl eines Mitgliedes in den Schulträgerausschuss  
Vorlage: 012/2007

Die Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Landrätin Röhl führte aus, dass die REP-Fraktion einen Antrag „Verzicht auf ein Berufungsverfahren“ gestellt hat.

Nachdem der Antrag jedoch nicht rechtzeitig gestellt wurde, sei dieser nicht Gegenstand der vorliegenden Tagesordnung.

Er sei im übrigen auch gegenstandslos, da sie keinen Antrag auf Zulassung der Berufung beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz stellen wird. Das Urteil habe die Rahmenbedingungen für Meinungsäußerungen in Besprechungen, aber

auch Sitzungen des Kreistages festgestellt. Das Gericht habe insbesondere bestätigt, dass für Sitzungen der Kreisgremien andere Maßstäbe gelten:

*.....„Nach der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung ist der Einsatz demonstrativer nichtverbaler Ausdrucksmittel (z. B. Plakate und Transparente) im Regelfall als Beeinträchtigung der Sitzungsordnung zu bewerten, welche durch das Grundrecht des demonstrierenden Ratsmitglieds aus Art. 5 Abs. 1 GG nicht gedeckt ist.....*

*Im Ergebnis besteht danach eine Pflicht zur Mäßigung parteipolitischer Meinungsäußerungen bei Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse.“.....*

Die Vorsitzende führte abschließend aus, dass damit die Geschäftsgrundlage für die Arbeit in den Kreisgremien klar definiert ist.

Im Weiteren informierte die Vorsitzende über den Antrag der FWG-Fraktion den Tagesordnungspunkt 2, Landesentwicklungsprogramm (LEP IV); Öffentliches Beteiligungsverfahren - Stellungnahme des Landkreises Bad Dürkheim zu vertragen.

Die FWG-Fraktion sieht es für sinnvoll an, die Beschlüsse der Verbandsgemeinden und Gemeinden auch im Kreistag vor endgültiger Beschlussfassung bzw. Stellungnahme mit einzubeziehen.

Da noch nicht alle Gemeinden hierzu ihre Stellungnahme abgegeben haben und außerdem die Frist bis 30.06.2007 verlängert wurde, sieht die Fraktion keinen Grund, diesen Punkt unbedingt zu behandeln.

Landrätin Röhl führte hierzu aus, dass die nächste Sitzung des Kreistages auf den 04. Juli 2007 terminiert ist und machte den Vorschlag, das Thema gegebenenfalls nochmals in der letzten planmäßigen Sitzung des Kreisausschuss vor Ablauf der Frist zu beraten, um weitere Anregungen der Gemeinden in die Stellungnahme des Landkreises mit einbeziehen zu können.

Diese Verfahrensweise fand die Zustimmung der Antragstellerin und der weiteren Kreistagsmitglieder.

Auf Befragen wurden keine weiteren Wünsche zur Tagesordnung gestellt.

## Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 1

<b>Gremium:</b>	<b>Kreistag</b>
<b>Sitzung am:</b>	<b>Mittwoch, 21.03.2007</b>

### Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<b>__ JA-Stimmen</b>	<b>__ Nein-Stimmen</b>	<b>__ Enthaltungen</b>

### Tagesordnung:

Einwohnerfragestunde

### Beschluss:

### Ausschließungsgründe:

### Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Fragen von Einwohnern im Sinne des § 21 der Geschäftsordnung des Kreistages lagen nicht vor.

## Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 2

Drucksache **008/2007/1**

<b>Gremium:</b>	<b>Kreistag</b>
<b>Sitzung am:</b>	<b>Mittwoch, 21.03.2007</b>

### Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u>  </u> <b>JA</b> -Stimmen	<u>  </u> <b>Nein</b> -Stimmen	<u>  </u> <b>Enthaltungen</b>

### Tagesordnung:

Landesentwicklungsprogramm (LEP IV);  
Öffentliches Beteiligungsverfahren - Stellungnahme des Landkreises Bad Dürkheim

### Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, gegenüber dem Ministerium des Innern und für Sport im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens eine Stellungnahme auf der Basis der umseitig aufgeführten Eckpunkte abzugeben.

### **Ausschließungsgründe:**

### **Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:**

Regierungsdirektor Eichner informierte ausführlich über die Grundlagen der im Entwurf vorliegenden Landesplanung – Landesentwicklungsprogramm IV – und stellte die wesentlichen Eckpunkte dar, bei denen der Landkreis unmittelbar betroffen ist (vgl. Sachvortrag in Anlage).

Die Vorsitzende führte ergänzend aus, dass im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens keine Zustimmung zur vorliegenden Planung notwendig ist. Für den Landkreis bestehe vielmehr die Möglichkeiten, gegenüber der Obersten Lan-

desplanungsbehörde Hinweise, Anregungen und Kritik zur vorliegenden Planung zu äußern.

Nach Aussprache im Kreistag wurde die Verwaltung beauftragt, in der Stellungnahme an die Oberste Landesplanungsbehörde folgende Punkte anzusprechen:

### **1. Vielzahl von Zielen und Grundsätzen**

Der Entwurf des LEP IV enthält insgesamt 265 Ziele und Grundsätze, die auf unterschiedlichen Planungsebenen zu beachten sind. Eine Reduzierung der Anzahl sollte erfolgen und/oder die Adressaten der Regelungen auf geeignete Weise benannt werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

35 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

Mit Stimmenmehrheit wurde damit beschlossen, diesen Punkt in die Stellungnahme aufzunehmen.

### **2. Abgrenzung Verdichtungsraum – Ländlicher Raum der VG Lambrecht**

Die VG Lambrecht gehört zu den „ländlichen Gemeinden mit Wanderungsverlusten“ (siehe Entwurf LEP IV, Karte 2) und weist insgesamt eine niedrige Zentrenreichbarkeit auf (siehe Entwurf LEP IV, Karte 1). Obwohl ihre Siedlungsstruktur eher ländlich geprägt ist, wird sie – wegen ihrer Lage im Mittelbereich Neustadt – dem Verdichtungsraum zugeordnet.

Bei einer Orientierung der Förderpolitik des Landes an Raumstrukturtypen könnten der Verbandsgemeinde Lambrecht hierdurch Nachteile erwachsen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

36 Ja-Stimmen  
4 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

Mit Stimmenmehrheit wurde damit beschlossen, dass die VG Lambrecht als ländlicher Raum im LEP IV ausgewiesen werden soll.

### **3. Zentrenstruktur – Stadt Grünstadt und Gemeinde Haßloch**

Die Stadt Grünstadt soll in Text und Karten des LEP IV als monozentrales Mittelzentrum ausgewiesen werden, da es ein voll ausgestattetes Mittelzentrum mit eigenem Verflechtungsbereich (Mittelbereich) ist.

Die Gemeinde Haßloch übernimmt für sich selbst und ihr Umland umfangreiche Versorgungsfunktionen. Die Ausweisung als kooperierendes Zentrum wird der tatsächlichen Zentralität der Gemeinde nicht gerecht. Die Haßloch betreffende Ausweisung sollte daher überprüft werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

35 Ja-Stimmen  
5 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen

Mit Stimmenmehrheit wurde damit beschlossen, diesen Punkte in die Stellungnahme aufzunehmen. Die Gemeinde Haßloch wird eine zusätzliche Stellungnahme abgeben, die ggf. nochmals im Kreisausschuss beraten wird.

### **4. Rohstoffsicherung**

Die großflächige Ausweisung der bedeutsamen standortgebundenen Vorkommen mineralischer Rohstoffe soll, bezogen auf den Landkreis Bad Dürkheim, aus der Plandarstellung herausgenommen werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

36 Ja-Stimmen  
4 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen

Mit Stimmenmehrheit wurde damit beschlossen, diesen Punkt in die Stellungnahme aufzunehmen.

### **5. B 271 – Nord neu – bis Monsheim:**

Die überregionale Anbindung B 271 – Nord neu bis Monsheim soll nicht nur in der Karte 19a sondern auch textlich als Ziel der Landesplanung genannt werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

33 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
8 Enthaltungen

Mit Stimmenmehrheit wurde damit beschlossen, diesen Punkt in die Stellungnahme aufzunehmen.

### **6. Funktionales Schienennetz:**

In der Konkretisierung des LEP IV auf der Ebene der Regionalplanung soll darauf geachtet werden, dass auch die regionale Schienenverbindung aus dem nördlichen Bereich des Landkreises in Richtung Frankenthal und Ludwigshafen/Mannheim als Ziel der Landesplanung aufgenommen wird.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig  
3 Enthaltungen

Mit Stimmenmehrheit wurde damit beschlossen, diesen Punkt in die Stellungnahme aufzunehmen.

### **7. Entwicklung der Gemeinden – Schwellenwerte (Ziel 62 - Seite 70)**

Bei der Festlegung der Schwellenwerte für die zukünftige Wohnbauflächenentwicklung auf der Ebene der Regionalplanung sollen rechtsverbindliche Planungen nicht berücksichtigt werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

35 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
5 Enthaltungen

Mit Stimmenmehrheit wurde damit beschlossen, diesen Punkt in die Stellungnahme aufzunehmen.

### **8. Historische Kulturlandschaften (Seite 105/106)**

Die den Landkreis Bad Dürkheim prägende historische Wein- und Obstbaulandschaft soll ohne weitere Einschränkungen insbesondere im Grenzbereich zum Rhein-Pfalz-Kreis erhalten werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

32 Ja-Stimmen  
5 Nein-Stimmen  
4 Enthaltungen

Mit Stimmenmehrheit wurde damit beschlossen, diesen Punkt in die Stellungnahme aufzunehmen.

### **9. Erneuerbare Energieträger (Grundsatz 236 - Seite 153):**

Der Grundsatz „Die Nutzung erneuerbarer Energieträger soll an geeigneten Standorten ermöglicht und im Sinne der europäischen, bundes- und landesweiten Zielvorgaben ausgebaut werden.“ soll als Ziel in die Planung aufgenommen werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig  
6 Enthaltungen

Mit Stimmenmehrheit wurde damit beschlossen, diesen Punkt in die Stellungnahme aufzunehmen.

### **10. Konventionelles Kraftwerk (Ziel 250 - Seite 158):**

Das Ziel „Durch die Landes- und Regionalplanung ist zu prüfen, ob und wo ein neuer Standort für ein konventionelles Kraftwerk zu Verfügung steht.“ soll aus der vorliegenden Entwurfsplanung ersatzlos gestrichen werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

6 Ja-Stimmen  
30 Nein-Stimmen  
7 Enthaltungen

Mit Stimmenmehrheit wurde damit beschlossen, diesen Punkt nicht in die Stellungnahme aufzunehmen.

### **11. Raumstruktur – Öffentlicher Personennahverkehr**

In den Katalog der Kriterien zur Abgrenzung der ländlichen Räume und der Verdichtungsräume soll nicht nur die PKW-Erreichbarkeit sondern auch die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV einbezogen werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig  
4 Enthaltungen

Mit Stimmenmehrheit wurde damit beschlossen, diesen Punkt in die Stellungnahme aufzunehmen.

Die Vorsitzende wies abschließend darauf hin, dass sich der Landkreis dafür einsetzen wird, dass in der Regionalplanung auch die Themenbereiche Biomassenutzung und Klimawandel verstärkt Berücksichtigung finden.

Landrätin Röhl sicherte zu, das Thema - Landesentwicklungsprogramm IV – gegebenenfalls nochmals in der letzten planmäßigen Sitzung des Kreisausschuss vor Ablauf der Frist (30. Juni 2007) zu beraten, um weitere Anregungen der Gemeinden in die Stellungnahme des Landkreises einbeziehen zu können.

## Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 3

<b>Gremium:</b>	<b>Kreistag</b>
<b>Sitzung am:</b>	<b>Mittwoch, 21.03.2007</b>

### Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input checked="" type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<b>28 JA-Stimmen</b>	<b>8 Nein-Stimmen</b>	<b>6 Enthaltungen</b>

### Tagesordnung:

Weiterentwicklung der Schullandschaft im Landkreis Bad Dürkheim

### Beschluss:

1. Der Kreistag spricht sich dafür aus, einen Schullastenausgleich im Kreis Bad Dürkheim in Abhängigkeit von der Veränderung der Schullandschaft schrittweise innerhalb von 6 Jahren umzusetzen.  
Grundlage dafür soll das in der Bürgermeisterdienstbesprechung am 29.01.2007 erarbeitete Finanzierungsmodell (Variante 5) sein.
2. Der mittelfristigen Entwicklung der Schullandschaft dient eine integrierte Gesamtschule (ISG) in Deidesheim/Wachenheim.
3. Unter der Voraussetzung, dass hierfür keine Investitionskosten für den Landkreis entstehen (Ausnahme: 10% gesetzlicher Pflichtanteil) und der Landkreis lediglich die laufenden Kosten der Oberstufe trägt, wird die Verwaltung beauftragt, zum 31.03.2007 einen Antrag für die Einrichtung einer IGS in Deidesheim/Wachenheim zum Schuljahr 2008/2009 zu stellen.  
Grundlage für die Antragstellung ist die grundsätzliche Zustimmung der Versammlung des Schulzweckverbandes der Regionalen Schule Deidesheim/Wachenheim und der beiden Verbandsgemeinderäte zu dieser Kostenregelung auf der Basis des Protokolls der Besprechung in der Kreisverwaltung

vom 22.02.2007.

Bei der jährlichen Einschulung ist sicher zu stellen, dass Schülerinnen und Schüler der beiden Verbandsgemeinden Deidesheim und Wachenheim im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten bevorzugt berücksichtigt werden.

4. Als weiterer Schritt ist beabsichtigt, nach Beginn der Oberstufe in Deidesheim/Wachenheim entsprechend der dort gemachten Erfahrung und dann aktueller Überprüfung der Voraussetzungen einen Antrag für eine IGS in Grünstadt zu stellen.

### **Ausschließungsgründe:**

### **Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:**

Die Mitglieder des Kreistages erhielten die Anträge der CDU-Fraktion vom 21.03.2007 (vgl. Anlage 1) und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 20.03.2007 (vgl. Anlage 2) als Tischvorlage. Herr Stölzel und Frau Messner-Vogel sang begründeten ihre Anträge.

Herr Gebhardt erläuterte den bereits vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion vom 15.03.2007 (vgl. Anlage 3).

Im Rahmen der Aussprache wurde kontrovers über die Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule am Schulstandort Deidesheim / Wachenheim diskutiert.

Die Mitglieder des Kreistages haben dabei einstimmig ihre Zustimmung erklärt, dass die Vertreterin der Tageszeitung „Die Rheinpfalz“ während der Beratung Fotos im Ratssaal aufnehmen darf.

Die Vorsitzende fasste vor der Abstimmung die bisherigen Beratungsergebnisse dahingehend zusammen, dass Gesprächsgrundlage bei einer Antragstellung folgende Eckpunkte sind:

- Beitritt des Landkreises zu einem gemeinsamen Schulzweckverband mit den Verbandsgemeinden Deidesheim und Wachenheim
- Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule mit Oberstufe
- Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule mit Ganztagsangebot

Dies wurde übereinstimmend so bestätigt.

Zuerst wurde über den weitergehenden Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen abgestimmt.

### **Antrag (vgl. Anlage 1):**

*Der Landkreis tritt dem Schulzweckverband Deidesheim/Wachenheim bei und stellt bis spätestens 31.03.2007 den förmlichen Antrag (Stufe I) auf Errichtung einer IGS am Standort der Regionalen Schule Deidesheim-Wachenheim bei der Landesregierung.*

### Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen  
34 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wurde damit mehrheitlich abgelehnt.

Im Anschluss daran erklärten die Fraktionsvorsitzenden der SPD- und CDU-Fraktion übereinstimmend, dass der Antrag der SPD-Fraktion vom 15.03.2007 (vgl. Anlage 3) und der Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 21.03.2007 (vgl. Anlage 2) als gemeinsamer Antrag beider Fraktionen zur Abstimmung gestellt werden soll.

### Gemeinsamer Antrag der SPD- und CDU-Fraktion:

- 5. Der Kreistag spricht sich dafür aus, einen Schullastenausgleich im Kreis Bad Dürkheim in Abhängigkeit von der Veränderung der Schullandschaft schrittweise innerhalb von 6 Jahren umzusetzen.*

*Grundlage dafür soll das in der Bürgermeisterdienstbesprechung am 29.01.2007 erarbeitete Finanzierungsmodell (Variante 5) sein.*

- 6. Der mittelfristigen Entwicklung der Schullandschaft dient eine integrierte Gesamtschule (ISG) in Deidesheim/Wachenheim.*

- 7. Unter der Voraussetzung, dass hierfür keine Investitionskosten für den Landkreis entstehen (Ausnahme: 10% gesetzlicher Pflichtanteil) und der Landkreis lediglich die laufenden Kosten der Oberstufe trägt, wird die Verwaltung beauftragt, zum 31.03.2007 einen Antrag für die Einrichtung einer IGS in Deidesheim/Wachenheim zum Schuljahr 2008/2009 zu stellen.*

*Grundlage für die Antragstellung ist die grundsätzliche Zustimmung der Verbandsversammlung des Schulzweckverbandes der Regionalen Schule Deidesheim/Wachenheim und der beiden Verbandsgemeinderäte zu dieser Kostenregelung auf der Basis des Protokolls der Besprechung in der Kreisverwaltung vom 22.02.2007.*

*Bei der jährlichen Einschulung ist sicher zu stellen, dass Schülerinnen und Schüler der beiden Verbandsgemeinden Deidesheim und Wachenheim im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten bevorzugt berücksichtigt werden.*

- 4. Als weiterer Schritt ist beabsichtigt, nach Beginn der Oberstufe in Deidesheim/Wachenheim entsprechend der dort gemachten Erfahrung und dann aktueller Überprüfung der Voraussetzungen einen Antrag für eine IGS in Grünstadt zu stellen.*

**Abstimmungsergebnis:**

28 Ja-Stimmen

8 Nein-Stimmen

6 Enthaltungen

Der gemeinsame Antrag der SPD- und CDU-Fraktion wurde damit mit Stimmenmehrheit angenommen.

## Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 4

<b>Gremium:</b>	<b>Kreistag</b>
<b>Sitzung am:</b>	<b>Mittwoch, 21.03.2007</b>

### Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u>  </u> <b>JA</b> -Stimmen	<u>  </u> <b>Nein</b> -Stimmen	<u>  </u> <b>Enthaltungen</b>

### Tagesordnung:

Erstellung von Konzepten für Ganztagsangebote;  
Antrag der CDU-Fraktion

### Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei den Schulleitungen der in der Trägerschaft des Landkreises befindlichen Schulen darauf hinzuwirken, dass Konzepte für ein Ganztagsangebot entwickelt werden.

Bei Gymnasien ist insbesondere die Teilnahme am Programm des Landes zur Einführung einer verbindlichen Ganztagschule in achtjähriger Form zu fördern.

Die an einzelnen Schulen bereits laufenden Bestrebungen für die Entwicklung eines Ganztagsangebotes (z. B. in Haßloch) sind mit allen Mitteln zu unterstützen.

### Ausschließungsgründe:

### Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Stölzel, erläuterte den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion.

Im Rahmen der Aussprache bestand fraktionsübergreifend Einvernehmen, Anträge auf Einrichtung von Ganztagschulen zu unterstützen. Nach Möglichkeit sollte be-

reits zum nächstmöglichen Antragstermin geprüft werden, ob in den Schulen in der Trägerschaft des Landkreises ein Ganztagsangebot geschaffen werden kann. Es wurde vereinbart, das Thema in der nächsten Sitzung des Schulträgersausschusses zu beraten.

Herr Ihlenfeld führte aus, dass im Hannah-Ahrendt-Gymnasium in Haßloch derzeit konkrete Überlegungen bestehen, beim Landkreis einen Antrag auf Einrichtung eines G 8 – Gymnasiums zu stellen und warb um Unterstützung für dieses Schulangebot.

## Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 5

Drucksache **002/2007**

<b>Gremium:</b>	<b>Kreistag</b>
<b>Sitzung am:</b>	<b>Mittwoch, 21.03.2007</b>

### **Sitzung / Abstimmung :**

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u>  </u> <b>JA</b> -Stimmen	<u>  </u> <b>Nein</b> -Stimmen	<u>  </u> <b>Enthaltungen</b>

### **Tagesordnung:**

Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Falle des Verdachtes- bzw. des Ausbruches der Maul- und Klauenseuche (MKS), der Europäischen und Afrikanischen Schweinepest (ESP / ASP), der klassischen und atypischen Geflügelpest

### **Beschluss:**

1. Die Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Falle des Verdachtes- bzw. des Ausbruches der Maul- und Klauenseuche (MKS) oder der Europäischen Schweinepest (ESP) wird um die Afrikanische Schweinepest (ASP) und um die klassische und atypische Geflügelpest erweitert.
2. Sollten die Landkreise Rhein-Pfalz-Kreis, Germersheim und Südliche Weinstraße gleichlautende Vereinbarungen akzeptieren, besteht Einverständnis zum Abschluss der jeweiligen Vereinbarung.

### **Ausschließungsgründe:**

### **Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:**

## Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 6

Drucksache **022/2007**

<b>Gremium:</b>	<b>Kreistag</b>
<b>Sitzung am:</b>	<b>Mittwoch, 21.03.2007</b>

### **Sitzung / Abstimmung :**

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u>  </u> <b>JA</b> -Stimmen	<u>  </u> <b>Nein</b> -Stimmen	<b>3</b> Enthaltungen

### **Tagesordnung:**

Mitgliedschaft im Wasser- und Bodenverband zur Beregnung der Vorderpfalz;  
Neufassung der Verbandssatzung

### **Beschluss:**

Der Neufassung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes zur Beregnung der Vorderpfalz wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt.

### **Ausschließungsgründe:**

**Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:**

## Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 7

Drucksache **001/2007**

<b>Gremium:</b>	<b>Kreistag</b>
<b>Sitzung am:</b>	<b>Mittwoch, 21.03.2007</b>

### **Sitzung / Abstimmung :**

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u>   </u> <b>JA</b> -Stimmen	<u>   </u> <b>Nein</b> -Stimmen	<u>   </u> <b>Enthaltungen</b>

### **Tagesordnung:**

Unterrichtungs- und Kontrollrechte des Kreistages

### **Beschluss:**

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

### **Ausschlussgründe:**

### **Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:**

## Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 8

Drucksache **012/2007**

<b>Gremium:</b>	<b>Kreistag</b>
<b>Sitzung am:</b>	<b>Mittwoch, 21.03.2007</b>

### Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u>   </u> <b>JA</b> -Stimmen	<u>   </u> <b>Nein</b> -Stimmen	<u>   </u> <b>Enthaltungen</b>

### Tagesordnung:

Nachwahl eines Mitgliedes in den Schulträgerausschuss

### Beschluss:

Herr Knuth Haußmann (Römerberg) wird als Elternvertreter der Berufsbildende Schule in den Schulträgerausschuss gewählt.

### **Ausschließungsgründe:**

#### **Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:**

Es wurde durch einstimmigen Beschluss festgelegt, die Wahl offen durch Handzeichen durchzuführen (vgl. § 33 Abs. 5 letzter Halbsatz LKO).

Das Stimmrecht der Vorsitzenden, Landrätin Röhl, ruhte bei den Wahlhandlungen gemäß § 29 Abs. 3 Nr. 1 LKO.